

---

FRIEDEN - FREIHEIT - WOHLSTAND

---

A portrait of Ludwig von Mises, an elderly man with a mustache, wearing a dark suit and a patterned tie. He is looking slightly upwards and to the right. The background is a bookshelf filled with books, all rendered in a monochromatic blue color.

LUDWIG VON MISES INSTITUT  
DEUTSCHLAND

Jahresbericht 2017

## Zum Geleit

**W**ir freuen uns, Ihnen den Jahresbericht 2017 des LUDWIG VON MISES INSTITUT DEUTSCHLAND vorlegen zu können.

Auch im abgelaufenen haben wir unsere Arbeit erfolgreich fortgesetzt: Aufbauend auf dem bereits Erreichten konnten wir neue Autoren gewinnen, unsere Leserschaft und Reichweite im Internet ausbauen, viele neue Vortragsvideos bereitstellen, den Wissenschaftlichen Beirat des Instituts erweitern und neue Förderer hinzugewinnen.

Zusätzlich zu den regelmäßigen Schriftbeiträgen auf unserer Website haben wir zum dritten Mal in Folge ein akademisches Seminar veranstaltet. Es trug den Titel „Die Österreichische Schule der Nationalökonomie – Gegenpol zur Hauptstrom-Volkswirtschaftslehre“. Die traditionelle Jahreskonferenz des LUDWIG VON MISES INSTITUT DEUTSCHLAND stand diesmal unter der Überschrift „Small is beautiful – vom Vorteil

kleiner politischer Einheiten“.

Das LUDWIG VON MISES INSTITUT DEUTSCHLAND hat das Ziel, die liberale-libertäre Lehre in der Tradition von Ludwig von Mises einer breiten Leserschaft zugänglich zu machen und dadurch den öffentlichen Diskurs über wirtschaftliche-gesellschaftliche Fragestellungen zu bereichern. Die Stetigkeit und die Kontinuität, durch die sich unsere Tätigkeit von Anfang an auszeichnet, tragen ganz wesentlich dazu bei, dass wir zu sehends gehört werden.

Wir sind stolz, dass sich das LUDWIG VON MISES INSTITUT DEUTSCHLAND ausschließlich durch freiwillige Spenden und Zuwendungen finanziert. Denn das gibt uns Unabhängigkeit, die uns hilft, die liberalen-libertären Ideen wirkungsvoll verbreiten und vertreten zu können. Unsere Arbeit wäre ohne die vielen und großzügigen Unterstützer und Sponsoren nicht möglich. Ihnen gebührt daher unser besonderer Dank.

Mit den allerbesten Wünschen

Andreas Marquart, Vorstand



Thorsten Polleit, Präsident



## Die Österreichische Schule der Nationalökonomie – Gegenpol zur Hauptstrom-Volkswirtschaftslehre



Ludwig von Mises Seminar 2017 vor der Stadthalle Kronberg

**D**er große österreichische Ökonom Ludwig von Mises (1881 – 1973) erkannte früh, dass die Anwendung einer falschen Ökonomie zu gesellschaftlichem Chaos führt:

*„Es hängt von den Menschen ab, ob sie von dem Geistesgut, das sie in der Nationalökonomie besitzen, den zweckmäßigsten Gebrauch machen wollen, oder ob sie es unbeachtet und ungenutzt brachliegen lassen werden. Wenn sie aber darauf verzichten sollten, in ihrem Handeln den Ergebnissen des wissenschaftlichen Denkens Rechnung zu tragen, werden sie nicht die Nationalökonomie zertrümmern, sondern die Gesellschaft, die Kultur und das Menschentum.“*

### Veranstaltung ausgebucht

Das diesjährige Seminar des Ludwig von Mises Instituts Deutschland stellte deshalb der „Hauptstrom-Volkswirtschaftslehre“ die besseren ökonomischen Theorien der Österreichischen Schule gegenüber. Das dritte Seminar des Instituts fand vom 17. bis 18. März 2017 in Kronberg i. T. statt.

Wie in den Vorjahren war die Veranstaltung erneut bis auf den letzten Platz ausgebucht – mit 120 Teilnehmern aus vielen verschiedenen europäischen Ländern. Unter den Teilnehmern fanden sich sowohl Praktiker aus der Finanzbranche als auch Studenten und arrivierte Akademiker aus vielen Disziplinen.

Zu Beginn der Veranstaltung erklärte Vorstand Andreas Marquart, wieso sich die Österreichische Schule einer immer größeren Beliebtheit erfreue: Das Vertrauen der Bevölkerung und der Studenten in die Hauptstrom-Ökonomie sei erschüttert, besonders seit der Weltwirtschaftskrise 2008/2009. Die Hauptstrom-Lehre habe die Krise nicht kommen sehen und auch die Rezepte leuchteten nicht ein: Durch Gelddrucken, Niedrigzins und Subventionen könne kein Wirtschaftswachstum geschaffen werden, sondern es finde nur eine Umverteilung statt. Heute sei meistens die Aufgabe eines professionellen Ökonomen, staatliche Eingriffe in den Markt zu planen oder zu rechtfertigen.



Die Ökonomie habe einen großen Einfluss auf die öffentlichen Meinung und die Politik. Deshalb sei es so wichtig, der Hauptstrom-Ökonomie die besseren Lehren entgegen zu setzen, die Ludwig von Mises und die anderen Ökonomen der Österreichischen Schule entwickelt hätten.

Die umfangreiche Agenda umfasste insgesamt 12 Vorlesungen. Die Referenten waren: Der Präsident des Ludwig von Mises Instituts Deutschland: Professor Dr. Thorsten Polleit, aus der Schweiz Professor Dr. David Dürr, aus Frankreich Professor Dr. Jörg Guido Hülsmann, aus Spanien Professor Dr. Philipp Bagus und Dr. Eduard Braun von der Technischen Universität Clausthal.

## Schutz privaten Eigentums – Gibt es „öffentliche Güter“?

Zu Beginn des Seminars standen private Eigentumsrechte und öffentliche Güter im Fokus. Philipp Bagus referierte über das Eigentum in der Wirtschaft und staatliche Eingriffe. Die Feinde der Freiheit hätten den Kampfbegriff des Marktversagens eingeführt, und ein beliebtes Beispiel der Etatisten für Marktversagen sei der Umweltschutz.

Externe Kosten des privaten Produktionsprozesses würden der Umwelt aufgebürdet. Ein Beispiel: Die Fabrik lagere externe Kosten auf die Nachbarsfrau aus, deren im Garten aufgehängte Wäsche vom Qualm grau werde.

Schuld hieran sei aber nicht Marktversagen, so Philip Bagus, sondern Staatsversagen: In einer ökonomisch sinnvollen Rechtsordnung könnte die Frau gegen die Fabrikbetreiber klagen, da ihr Eigentumsrecht durch den Qualm verletzt sei. Erst der Staat erlaube mit Regulierung und Umweltgesetzen solche Eingriffe in das Eigentum anderer und rechtfertige dies regelmäßig mit dem hohlen Begriff

des Allgemeinwohls. Umweltverschmutzung stelle sich so als die Folge falscher Staatseingriffe und unzureichenden Schutzes privaten Eigentums dar.



Professor Dr. Philipp Bagus

Würden natürliche Ressourcen privatisiert und hätte jeder Eigentümer Abwehrrechte gegen Eingriffe, würde Umweltverschmutzung wirksamer bekämpft als heute. Ein prominentes Beispiel sei der Schutz von Elefanten in Afrika: Als Kenia den Elfenbeinhandel verboten habe, nahm der Bestand der Tiere rapide ab – trotz des Verbotes.

In Zimbabwe hingegen, wo der Elfenbeinhandel legal blieb und Privateigentum an den Tieren möglich war, nahm der Bestand im gleichen Zeitraum zu. Die Eigentümer schützten die Tiere effektiver und hatten auch kein Interesse an einer Abnahme des Bestandes.

Dort wo kein Privateigentum bestünde, erigne sich die Tragik der Allmende: Der Rücksichtsloseste gewinnt am meisten und am Ende kommt es zur Zerstörung der natürlichen Ressource, wie dies auch Nobelpreisträgerin Elinor Ostrom (1933 – 2012) festgestellt habe. Dabei müsse Privateigentümer der Natur natürlich nicht immer ein Unternehmen sein, sondern auch ein Verein, ein Verband oder eine Genossenschaft kämen in Frage.

Jörg Gudio Hülsmann entzauberte in seiner Vorlesung den Mythos der öffentlichen Güter. Nach John Maynard Keynes (1883 – 1946) tue der Staat die Dinge, die Private freiwillig nicht tun wollten. Dieses schwache Argument, mit denen das staatliche Bereitstellen von „öffentlichen Gütern“ legitimiert werden soll, entkräfte sich praktisch von selbst, denn wenn niemand diese Dinge getan haben möchte, also keine Nachfrage nach solchen öffentlichen Gütern bestünde, dann hätten diese Güter keinen demonstrierten Nutzen. Ähnlich sei das Argument Adam Smith (1723 – 1790):

Der Staat sollte die Dinge produzieren, die Private nicht kostendeckend produzieren könnten. Auch hier gilt: Wenn freiwillig niemand die Mittel aufwenden möchte, ein bestimmtes Gut herzustellen, ist das Gut weniger dringlich als andere Güter, die freiwillig nachgefragt und produziert werden. Die Menschen möchten ihre knappen Mittel dann eben anders einsetzen.

Die moderne Theorie der öffentlichen Güter stamme von Paul Samuelson (1915 – 2009): Entscheidendes Kriterium sei danach die Nicht-Ausschließbarkeit: Ein öffentliches Gut sei ein solches, von dessen Nutzung andere nicht ausgeschlossen werden könnten. Dies sei aber niemals der Fall, so Hülsmann: Die Ausschließbarkeit sei keine physikalische,



Professor Dr. Jörg Guido Hülsmann

„Ich schließe nur dann aus, wenn es sich wirklich lohnt.“ Privates Eigentum könne an allem bestehen: an Straßen (Maut), Energienetzen, Schulen und Universitäten, Versicherungen, sogar an Teilen des Meeres; dies gebe es heute schon in Form der Fischzucht. Im Ergebnis könnten alle öffentlichen Güter privat produziert werden, durch Individuen, Gruppen oder Firmen, und das sei historisch auch so gewesen:

Zum Beispiel sei die Polizei Londons bis zum Ende des 18 Jahrhunderts privat gewesen, und es habe auch private Armeen gegeben. Der Staat, der sich in alles einmische, also so wie wir ihn heute kennen, sei eine relativ späte Erscheinung der Neuzeit. Und was ein öffentliches Gut sei, lege der Staat heute rein willkürlich fest.

## Was bedeutet ein Negativzins, und sind die Finanzmärkte effizient?

Thorsten Polleit legte in seinem ersten Vortrag dar, dass es nicht nur naturwissenschaftliche, sondern auch ökonomische Gesetzmäßigkeiten gibt, an die sich das menschliche Handeln anzupassen hat, wenn es seine Ziele erreichen will.

Die ökonomischen Gesetzmäßigkeiten erschließen sich auf praxeologischem Weg im Zuge der wissenschaftlichen Methode, die Ludwig von Mises für die Nationalökonomie vorgelegt hat: die Praxeologie. Ihr zufolge lässt sich die Nationalökonomie als a priori Handlungswissenschaft widerspruchsfrei verstehen. Sie stellt denotwendigen Kategorien bereit, die es erlauben, richtige von falschen ökonomischen Theorien zu unterscheiden.

In seinem zweiten Referat stellte Polleit die verschiedenen Zinstheorien dar: die Zinstheorie der Klassiker, die Keynesianische Zinstheorie und die Zeitpräferenztheorie des Zinses, wie sie vor allem von Ludwig von Mises ausgearbeitet wurde. Danach erklärt sich der Zins widerspruchsfrei aus der Zeitpräferenz: Gegenwartsgüter werden (denotwendig) höher wertgeschätzt als Zukunftsgüter.

Der Wertabschlag, den Zukunftsgüter gegenüber Gegenwartsgütern erleiden, ist der Urzins. Zeitpräferenz und Urzins können niemals verschwinden, können nicht auf null, geschweige denn darunter fallen. Ökonomische Theorien, die danach trachten, den Marktzins in den Negativbereich zu drücken, nannte Polleit zerstörerisch.

Denn ein negativer Realzins führt dazu, dass – aufgrund des stets positiven Urzinses, den jeder Handelnde quasi in sich trägt – nicht mehr gespart und investiert wird, sondern nur noch konsumiert wird.



Professor Dr. Thorsten Polleit

Mit anderen Worten: Das Verschwinden des Urzinses wäre das Ende der arbeitsteiligen Marktwirtschaft. Abschließend unterzog Polleit die moderne Finanzmarkttheorie einer kritischen Überprüfung.

Er zeigte, dass die zwei tragenden Säulen dieser überaus einflussreichen Theorie – die Theorie der effizienten Märkte und die Theorie der rationalen Erwartungen – unter logischen Inkonsistenzen und Widersprüchen leiden. Folglich sind auch die Empfehlungen der modernen Finanzmarkttheorie mit großer Vorsicht zu genießen.

Das gilt sowohl für Anleger als auch für die staatliche Regulierungspraxis. Polleit argumentierte zudem, dass die moderne Finanzmarkttheorie geradezu ahnungslos sei, wenn es gelte, volkswirtschaftliche Entwicklungen wie die Ausgabe von Fiat-Geld oder die Zinsmanipulationen der Zentralbanken bei der



## Widerspruch: Wirtschaftswachstum durch Ankurbeln der Wirtschaft oder durch Sparen?

Eduard Braun, Universität Clausthal-Zellerfeld, brachte in seiner Vorlesung Licht ins Dunkel des Hokuspokus um die Wirtschaftswachstumstheorien. Er deckte einen populären Widerspruch in der Argumentation Angela Merkels in Bezug auf die Weltwirtschaftskrise auf:

In Deutschland sei es notwendig, die Nachfrage zu stärken, also mehr auszugeben, um die Wirtschaft „anzukurbeln“, hingegen müsse Griechenland sparen, also weniger ausgeben, damit es wieder zu Wirtschaftswachstum komme. Die herrschende Lehre unterscheide die kurze und die lange Frist. In der langen Frist sei Sparen die Voraussetzung für das Wachstum des Kapitalstocks. In der kurzen Frist könne es jedoch zu Unterauslastung kommen bei zu geringer Nachfrage.

Doch was bedeutet Unterauslastung letztlich? Dass die Kunden die Produkte zu den angebotenen Preisen nicht erwerben möchten, ihre knappen Mittel also anders einsetzen wollten. Das „Ankurbeln“ der Wirtschaft führt also immer dazu, dass knappe Mittel nicht gemäß Kundenwunsch, sondern gemäß Politikerwunsch eingesetzt werden, um Produktionsstrukturen zu erhalten, die sich bei freiwilliger Nachfrage verändern müssten. Ein Wachstum könne so nicht erzeugt werden, sondern nur eine Umleitung der Mittel.

Die Österreichische Schule kenne keine Wachstumstheorie an sich, was schon eine logische Folge dessen sei, dass sich Wirtschaftswachstum nicht messen lasse, weil Nutzen immer subjektiv sei. Die Österreichische Schule könne jedoch die Voraussetzungen für Wachstum erklären:



Dr. Eduard Braun

Vor allem müssten zwei Voraussetzungen für Wirtschaftswachstum gegeben sein: Erstens privates Eigentum an den Produktionsmitteln, und zweitens müsse der Staat es unterlassen, in den Markt einzugreifen, und zwar weder durch Gelddrucken und Niedrigzinsen, was zu den verheerenden Boom- und Bustzyklen führte, noch durch Regulierung oder Subvention oder dergleichen.

## Nicht der Markt, sondern der Staat schafft Monopole und Kartelle

David Dürr beschäftigte sich in seinen Vorlesungen zum einen mit dem Eigentum als ökonomische und rechtliche Kategorie, zum anderen mit der Frage, wie der Staat Kartelle und Monopole möglich macht. Einleitend zeigte er die Sichtweise von Ludwig von Mises auf, der in seinem Buch Die Gemeinwirtschaft.

Untersuchungen über den Sozialismus (1922) darauf hinwies, dass der Eigentumsbegriff der Nationalökonomie und der Rechtslehre verschieden sei:

„Eigentümer ist, wer über ein wirtschaftliches Gut verfügt.“ Dürr arbeitete heraus, dass Monopole und Kartelle in der Regel nicht Marktphänomene sind, sondern vom Staat geschaffen werden: Durch die Privilegierung der Gewerkschaften komme es zum Beispiel zu Lohnkartellen.

Der Staat schaffe Kartelle, Oligopole und Monopole zum Beispiel auch durch Berufszulassungsvorschriften (z. B. Rechtsanwälte), Lizenzen, Regulierung, die Pflichtversicherung in staatlichen Kranken- und Rentenkassen, Patente und Urheberrechte – und letztlich für sich selbst, indem er sich zum Monopolisten für eine Vielzahl von Sicherheits- und Justizdienstleistungen erkläre und sich das Recht der voraussetzungslosen Besteuerung gewähre.

Staatliche Marktbeschränkungen führten dazu, dass Wettbewerber ausgeschlossen würden. Dadurch entscheide nicht der Bürger darüber, wer was zu welchen Kosten produziert, sondern letztlich der Staat.

Dürr, Titularprofessor für Rechtswissenschaft an der Universität Zürich, stellte im Rahmen seiner Ausführungen auch dar, was Rechtsnormen im Unterschied zu Anstandsnormen oder moralischen Normen bedeuteten: Nämlich dass letztlich jedes staatliche Ge- und Verbot mit Gewalt sanktioniert werde. Dies würde in der öffentlichen Debatte aber selten thematisiert. Widersetzt sich ein Bürger irgendeiner staatlichen Anordnung, so werde unmittelbarer Zwang angewendet; im schlimmsten Fall, wenn sich ein Bürger ernsthaft wehre gegen die Zwangsmaßnahme, würde auch von der Schusswaffe Gebrauch gemacht. Man kann also sagen, dass

auf das Sich-Wehren letztlich die Todesstrafe steht.

## Nicht der Markt, sondern der Staat schafft Monopole und Kartelle

David Dürr beschäftigte sich in seinen Vorlesungen zum einen mit dem Eigentum als ökonomische und rechtliche Kategorie, zum anderen mit der Frage, wie der Staat Kartelle und Monopole möglich macht.



Professor Dr. David Dürr

Einleitend zeigte er die Sichtweise von Ludwig von Mises auf, der in seinem Buch *Die Gemeinwirtschaft. Untersuchungen über den Sozialismus* (1922) darauf hinwies, dass der Eigentumsbegriff der Nationalökonomie und der Rechtslehre verschieden sei: „Eigentümer ist, wer über ein wirtschaftliches Gut verfügt.“



Dürr arbeitete heraus, dass Monopole und Kartelle in der Regel nicht Marktphänomene sind, sondern vom Staat geschaffen werden: Durch die Privilegierung der Gewerkschaften komme es zum Beispiel zu Lohnkartellen.

Der Staat schaffe Kartelle, Oligopole und Monopole zum Beispiel auch durch Berufszulassungsvorschriften (z. B. Rechtsanwälte), Lizenzen, Regulierung, die Pflichtversicherung in staatlichen Kranken- und Rentenkassen, Patente und Urheberrechte – und letztlich für sich selbst, indem er sich zum Monopolisten für eine Vielzahl von Sicherheits- und Justizdienstleistungen erkläre und sich das Recht der voraussetzungslosen Besteuerung gewähre.

Staatliche Marktbeschränkungen führten dazu, dass Wettbewerber ausgeschlossen würden. Dadurch entscheide nicht der Bürger darüber, wer was zu welchen Kosten produziert, sondern letztlich der Staat.

Dürr, Titularprofessor für Rechtswissenschaft an der Universität Zürich, stellte im Rahmen seiner Ausführungen auch dar, was Rechtsnormen im Unterschied zu Anstandsnormen oder moralischen Normen bedeuteten: Nämlich dass letztlich jedes staatliche Ge- und Verbot mit Gewalt sanktioniert werde. Dies würde in der öffentlichen Debatte aber selten thematisiert.

Widersetzt sich ein Bürger irgendeiner staatlichen Anordnung, so werde unmittelbarer Zwang angewendet; im schlimmsten Fall, wenn sich ein Bürger ernsthaft wehre gegen die Zwangsmaßnahme, würde auch von der Schusswaffe Gebrauch gemacht. Man kann also sagen, dass auf das Sich-Wehren letztlich die Todesstrafe steht.

## Diskussionsrunde: Stopp falscher Wirtschaftspolitik und mehr Selbstbestimmung von unten nach oben

Im Anschluss an die Vorlesungen bestand die Möglichkeit, Fragen an die Referenten zu stellen. Eine beliebte Frage war, wie die Österreichische Schule in der Praxis Anwendung finden könnte.

Hülsmann hatte daraufhin eine passende Empfehlung für die Politik: „Wenn man merkt, dass man im Loch sitzt, dann ist es zunächst einmal gut, wenn man aufhört zu graben.“ Da die Probleme durch den Staat verursacht würden, sei es notwendig, dass kleinere staatliche Strukturen entstünden.

Der Trend zum Zentralismus und zum Interventionismus müsse umgekehrt werden: Dezentralisierung und freiwillige Kooperation statt Kommando von oben seien nötig. Kleinere Staaten wie die Schweiz oder Liechtenstein seien netter zu ihren Bürgern, wie die Erfahrung zeige. Kleinere Staaten könnten nicht autark sein, sondern müssten Handel treiben, was die internationale Arbeitsteilung verstärke und so Wohlstand und Frieden mehrte.

Zudem stünden sie bei der Besteuerung im Wettbewerb und bei Freizügigkeit könnten die Bürger mit den Füßen abstimmen. Wenn man diesen Gedanken der Selbstbestimmung von unten nach oben prinzipiell akzeptiere, so Philipp Bagus, dann gebe es auch kein Halten mehr bei der Frage: wie klein?

## Geselliges Beisammensein

Während der erholsamen Kaffeepausen zwischen den Vorlesungen bestand die Möglichkeit zur Diskussion mit den Referenten. Am Abend fand ein gemeinsames Essen im Gewölbekeller eines hessischen Traditionslokals statt, das bis in die späten Abendstunden dauerte und reichlich Gelegenheit für das Knüpfen von Freundschaften und den Gedankenaustausch bot.

## Unterstützen

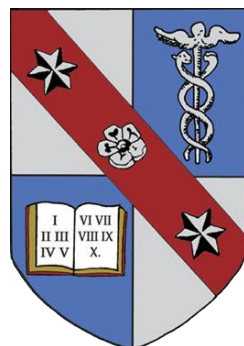
Unterstützen Sie die Arbeit des  
Ludwig von Mises Institut Deutschland e.V.  
und werden Sie Fördermitglied.

Der Verein ist gemeinnützig. Somit ist Ihr Jahresbeitrag, den Sie in der Höhe selbst bestimmen können, steuerlich abzugsfähig.

Den Aufnahmeantrag können Sie [hier](#) herunterladen, die Satzung finden Sie [hier](#).

Senden Sie den ausgefüllten und unterzeichneten Aufnahmeantrag per mail an:  
[kontakt@misesde.org](mailto:kontakt@misesde.org)

Vielen Dank.



## Die Zukunft gehört politikfreien Gemeinwesen und Kleinstaaten



### Bericht über die 5. Ludwig von Mises Institut Deutschland Konferenz: „Small is beautiful – vom Vorteil kleiner politischer Einheiten“

**D**er herausragende österreichische Ökonom Ludwig von Mises (1881 – 1973) meinte:

*„Wer den Frieden zwischen den Völkern will, muss den Staat und seinen Einfluss auf das Stärkste einzuschränken wissen.“*

Und kleinere politische Einheiten sind gewiss ein Weg dorthin. Dass das Thema der Konferenz topaktuell war, zeigen nicht nur der Brexit und die Unabhängigkeitsbemühungen in Katalonien, sondern am Konferenzwochenende fanden auch die Referenden in Venetien und der Lombardei statt, bei denen sich jeweils über 90% der Abstimmenden für mehr Autonomie aussprachen.

Die 5. Jahreskonferenz des Ludwig von Mises Instituts Deutschland fand wieder im ausverkauften Festsaal des Bayerischen Hofes statt und beschäftigte sich mit den Vorteilen von Dezentralisierung und kleinen politischen Einheiten.

Der Präsident des Institutes, Professor Dr. Thorsten Polleit, durfte prominente Praktiker und Theoretiker zu diesem Themenfeld begrüßen: S.D. Fürst Hans-Adam II. von und zu Liechtenstein, den Juristen und Unternehmer Dr. Titus Gebel, sowie den Rechtswissenschaftler Professor Dr. David Dürri aus der Schweiz. Zu den Vortragenden gehörten auch der Vorstand des Institutes, Andreas Marquart, sowie Thorsten Polleit selbst.



Für Ludwig von Mises bedeutete Demokratie nicht Mitbestimmung oder Mehrheitsprinzip, sondern Selbstbestimmung:

*„Das Selbstbestimmungsrecht in bezug auf die Frage der Zugehörigkeit zum Staate bedeutet also: wenn die Bewohner eines Gebietes, sei es eines einzelnen Dorfes, eines Landstriches oder einer Reihe von zusammenhängenden Landstrichen, durch unbeeinflusst vorgenommene Abstimmungen zu erkennen gegeben haben, daß sie nicht in dem Verband jenes Staates zu bleiben wünschen, dem sie augenblicklich angehören, sondern einen selbständigen Staat bilden wollen oder einem anderen Staate zuzugehören wünschen, so ist diesem Wunsche Rechnung zu tragen. Nur dies allein kann Bürgerkriege, Revolutionen und Kriege zwischen den Staaten wirksam verhindern.“*

Andreas Marquart machte in seiner Begrüßung darauf aufmerksam, dass es gerade bei den Bestrebungen hin zu immer mehr Zentralisierung vor allem um eines gehe: um Macht. Der Fall Katalonien mache dies besonders deutlich, wenn Menschen, die nach Unabhängigkeit strebten, von der Polizei niedergeprügelt würden. Der Staat versuche seine Macht zu wahren und auszubauen, und kleinere politische Einheiten bedeuteten eben weniger politische Macht – und werden deswegen von den Machtpolitikern abgelehnt.

## Liechtenstein – ein demokratisch-liberaler Idealstaat?

Einen Staat, der dem oben beschriebenen Mises'schen Ideal weitestgehend – wenn nicht bereits vollständig – entspricht, ist Liechtenstein. Fürst Hans-Adam II. ist Autor des Buches *Der Staat im 3. Jahrtausend*, und seiner Meinung nach sollte der Staat ein Dienstleistungsunternehmen sein, das friedliche Konkurrenz zulassen müsse – im Gegensatz zu einem Monopolisten, der zu überhöhten

Preisen schlechte Dienstleistungen anbiete. Notwendig hierfür sei, Konkurrenz durch Dezentralisierung zuzulassen und die Selbstbestimmung der Regionen und Gemeinden zu ermöglichen.



S.D. Fürst Hans-Adam II. von und zu Liechtenstein

Derzeit werde aber diese Selbstbestimmung und Autonomie vielen verwehrt: Nordirland, das Baskenland, Quebec oder die Natives in Nordamerika seien Beispiele hierfür. In zentralen Einheiten könnten mittels Mehrheitsentscheidungen Minderheiten benachteiligt werden.

Zudem sei Auswandern heute mit hohen wirtschaftlichen und sozialen Kosten verbunden. Darüber hinaus ergeben sich Probleme, weil das Einwandern in andere Staaten zunehmend schwieriger wäre. Die Lösung dieser Probleme erhielte man, wenn das Selbstbestimmungsrecht schon auf Gemeindeebene gelte.

## Dezentralität und direkte Demokratie

In Liechtenstein sind die dortigen elf Gemeinden weitgehend autonom, ja das Recht einer Gemeinde, sich von Liechtenstein loszusagen, sei sogar in der Verfassung verankert. Das verstärke den Druck auf den Staat. Funktioniere dieser schlecht, könnten Gemeinden den Staat verlassen. So ergebe sich ein friedlicher Wettbewerb um die Kundenschaft. Beim Staat im 3. Jahrtausend verblieben nur noch die Kernaufgaben Rechtsprechung und Rechtsverfolgung (Law and Order), die Außenpolitik, die Staatsfinanzen und das Bildungswesen.

Zudem werde direkte Demokratie immer wichtiger: Sie schränke die Macht der Politiker ein und sei deshalb bei Politikern sehr unbeliebt. In Liechtenstein wurde sie bereits 1921 eingeführt – mit positiven Erfahrungen: Die Auswirkungen von Sachentscheidungen seien nämlich für die Bürger vielmehr voraussehbar als die von Personalentscheidungen. Außerdem unterschieden sich die Programme der meisten Parteien kaum mehr.

## Bildungsgutscheine und Privatschulen im Wettbewerb statt Staatschulen

Beim Bildungswesen sieht Fürst Hans-Adam den Staat nicht als Betreiber, sondern lediglich als Gutschein-Verteiler. Die Privatwirtschaft kann dann die Schulen betreiben und die Eltern erhielten Bildungsgutscheine, die bei den Schulen eingelöst werden können. Im Gegensatz zu heute, wo die Schulen über direkte Zuschüsse aus Steuergeldern betrieben werden, entstünde so ein Wettbewerb.

## Steuerhoheit der Gemeinden, keine Verschuldung und keine Haftung für die Schulden anderer

Wegen der Dezentralität dürfe es zudem nur den Gemeinden gestattet sein, direkte Steuern zu fordern. Der Staat selbst sei auf indirekte Steuern verwiesen. Eine Verschuldung müsste dem Staat verfassungsmäßig sehr erschwert werden. Liechtenstein selbst habe keine Schulden, sondern in etwa ein Jahresbudget an Rücklagen. Zudem dürfe der Staat keine Haftung für Gemeindeverbindlichkeiten übernehmen. Ein Konkurs für Staat und Gemeinden müsse möglich sein: Nur so könnten die Geldgeber zu verantwortungsbewusster Kreditpolitik angehalten werden.

## Ständige Recall-Möglichkeit für die Bürger

Geradezu als ein Kuriosum erscheint es, dass die Bürger der Erbmonarchie Liechtenstein eine viel einfachere Möglichkeit haben, das Staatsoberhaupt loszuwerden, als in sogenannten demokratischen Staaten: Die Liechtensteiner können jederzeit mit einfacher Mehrheit den Fürsten absetzen oder die Monarchie abschaffen.

## Auch Staaten haben einen Lebenszyklus

Abschließend riet der Fürst zu mehr Gelassenheit in Bezug auf den Bestand von Staaten: Sie seien keine Konstrukte für die Ewigkeit, sondern – wie Menschen auch – ein Prozess des Werdens und Vergehens. Kaum ein Staat habe vor 200 Jahren in seinen heutigen Grenzen existiert. Allerdings gab es zu Beginn und am Ende des Lebenszyklus eines Staates fast immer blutige Auseinandersetzungen. Dies könne man sich heute nicht mehr leisten.



Professor Dr. David Dürr

## Die kleine Schweiz ist viel zu groß

Professor Dr. David Dürr erläuterte in seinem Vortrag, auf welchen schwachen, ja geradezu halluzinösen Fundamenten die heutige Hauptstrom-Staatsphilosophie steht, die vom Staat als einer Einheit oder einem Körper mit Organen ausgeht. Das Motto des Schweizer Bundeshauses: *unus pro omnibus, omnes pro uno* (einer für alle, alle für einen) sei letztlich ein Glaube, eine theoretische Fiktion, die in der Realität keine Bestätigung finde. Wie könne eine einzige Einheit die 8.000.000 Schweizer Bürger repräsentieren?

## Die herrschende Staatstheorie gründet auf einer blühenden Phantasie

Dass drei einen Verein bilden<sup>[5]</sup>, sei ein Rechtsprinzip, das einen realen Hintergrund

habe: Drei wirken in einer Gruppe zusammen. Auch bei einer Familie, also einer Familie bzw. einem Hausstand, handle es sich um eine reale Einheit, also um in der Einheit zusammenwirkende Menschen. Eine minimale Genossenschaft mit mehr als sieben Mitgliedern sei noch relativ homogen, aber bereits eine Ko-Operation mit z. B. 100 Mitgliedern sei schon keine homogene Gruppe mehr, sondern recht heterogen mit Unterstrukturen.

Letztlich könne man sogar noch bei rund 1.000 Menschen, also etwa der Größe einer Schweizer Landgemeinde, von einer realen über-individuellen Gemeinschaft reden. Aber bei einer Korporation von z. B. 100.000 Menschen könne keiner mehr von einer realen Ko-Operation von Menschen sprechen. Vielmehr seien hier viele verschiedene, heterogene Strukturen vorhanden, bildeten sich Unter-Einheiten, die eben keine Einheit mehr darstellen, sondern eine Vielheit sind.

Die Idee eines Staates als eines zusammenhängenden Körpers mit Organen sei eben weniger ein die Realität beschreibender Zustand, sondern eine schwache intuitive Analogie zum menschlichen Körper. David Dürr meinte, es brauche schon einer blühenden Phantasie, um diese Idee anzunehmen, die letztlich mitunter auf einer Propagandaschrift von Thomas Hobbes aus dem 17. Jahrhundert beruhe. Trotzdem sei dies nach wie vor die Ideologie der Hauptstrom-Lehre.

So sei denn auch in Wirklichkeit die Schweizer Eidgenossenschaft nicht eine kooperierende Gruppe von 8.000.000 Schweizern, sondern in der Realität handelt es sich um etwa nur 40.000 Menschen, die als Politiker, Bundesräte oder Beamte zusammenwirkten.



Das Märchen von der Schweiz als Willensnation oder vom *contrat social* (Gesellschaftsvertrag) sei eben nichts Weiteres als: eine offizielle Ideologie, die nicht mit der Wirklichkeit übereinstimme. Dieser *contrat social* liegt in natura nicht vor, niemand habe ihn je gesehen.

Was aber ist die Wirklichkeit? In Wirklichkeit besteht die Schweizerische Eidgenossenschaft (also die Bundesebene) eben aus diesen 40.000 Politikern und Beamten, die pausenlos übergriffig werden gegen die anderen 7.960.000 Schweizer: Vermittels Steuern, Geboten und Verboten bedrängen sie die Bürger. Habe man dies erkannt, sei dies ein nicht hinnehmbarer Zustand.

## Widerstand muss nicht zwecklos sein

Notwendig sei ein koordinierter Widerstand hiergegen, etwa in einer Sammelklage, von vielleicht 40.000 bis 60.000 Schweizern – damit man vielleicht wenigsten geringfügig in der Mehrheit wäre. Die Rechtsfrage könnte etwa lauten, dass festgestellt werde, dass die Zwangsmitgliedschaft unzulässig sei – neben Abgeltungs- und Schadensersatzfragen. Vorweg empfiehlt David Dürr eine förmliche Austrittserklärung.

Als friedliebender Mensch würde er der Schweizer Eidgenossenschaft Vergleichsgespräche anbieten und über eine Austrittsfrist verhandeln. Zudem sei es ein allgemeiner Rechtsgrundsatz, dass Monopoldienstleister einem Kontrahierungszwang unterlägen: Weil die Dienstleistung z.B. der Autobahnen

monopolisiert worden sei, haben die Austretenden ein Recht, diese weiter zu benutzen; selbstverständlich gegen entsprechendes Entgelt.

Das für den Austritt anwendbare Rechtsprinzip sei allgemein und etwa auch im Genossenschaftsrecht anzutreffen: Solange die Auflösung nicht beschlossen ist, steht jedem der Austritt frei. Dabei handele es sich um ein natürliches Rechtsprinzip, also ein Recht, das nicht durch Rechtsetzung von oben entstanden sei, sondern sich in der Gesellschaft entwickelt habe.

So sei im Übrigen auch das Privatrecht nie erlassen worden, sondern ursprünglich lediglich vom Gesetzgeber nachgezeichnet worden. Es sei im Markt und im Verkehr zwischen Personen entstanden, es sei das Ergebnis natürlicher Verhaltensmäßigkeiten; die Idee eines Gesetzgebers, der Recht setzen könne, sei in der Tat eine sehr junge Idee. Einen Gesetzgeber brauche es gar nicht.

## Wichtig ist, dass eine öffentliche Debatte beginnt

Das Verfahren zum Austritt könnte durch Herstellung der Öffentlichkeit begonnen werden, ähnlich wie das bei dem berühmten Dreyfus-Skandal im Frankreich des 19. Jahrhunderts der Fall war, als der Schriftsteller Émile Zola mit seinem berühmten Artikel *J'accuse ...!* (Ich klage an ...!) die öffentliche Diskussion startete um den zu Unrecht verurteilten französischen Offizier Alfred Dreyfus.



Andreas Marquart, David Dürr, Titus Gebel, S.D. Fürst Hans-Adam II. von und zu Liechtenstein, Thorsten Polleit (v.l.n.r.)

## Kleine Staaten sind friedlicher

Andreas Marquart stellte in seinem Vortrag *Small is beautiful* – und friedlicher dar, dass große Staaten die aggressivsten Organisationen überhaupt seien: Die beiden Weltkriege selbst hätten etwa 70 Millionen Tote gefordert. Die rund 170 Millionen Menschen, die von 1900 bis 1987 Opfer ihrer eigenen Regierungen geworden seien, erhielten vergleichsweise wenig Aufmerksamkeit: Sie wurden auf schreckliche Weise ermordet, eingekerkert, vergewaltigt und verstümmelt. Zu selten würde diskutiert, dass die meisten Opfer dieser schrecklichen Gewalt eben Opfer einer ganz bestimmten Art von Organisation seien: nämlich des Staates.

Kleine Staaten müssten notwendig friedlicher sein und könnten nicht derart aggressiv und

zerstörerisch sein wie große. So bezeichnete es der Ökonom und Philosoph Leopold Kohr (1909 – 1994) als Tragödie der Geschichte, dass Hitler beim berühmten Bierhallenputsch 1923 in München nicht als Diktator Bayerns an die Macht gekommen sei:

*„Der Diktator von Bayern wäre nie zum Diktator Deutschlands geworden, nur ein Dilettant der Macht, ein kleiner Tyrann mit einer kurzen Lebenserwartung angesichts der Tatsache, dass in kleinen Staaten der Sturz eines Diktators über Nacht erfolgen kann.“*

Zudem müssten kleine Staaten friedlich sein, weil sie Handel treiben müssen. Große Staaten, wie etwa China, die USA oder Russland, könnten sogar autark sein, also alle Güter mit den im Land vorhandenen Rohstoffen und Arbeitskräften herstellen.

Empirische Daten stützen diese Hypothese, denn die friedlichsten Länder nach dem Global Peace Index sind eher kleine Länder und sie weisen im Vergleich zu großen Nationen höhere Import-/Exportquoten in Prozent am Bruttoinlandsprodukt auf.

Der gute Staat sei klein, fein und friedlich. Er gestatte freien Handel und Außenhandel, und der Markt führe zu einer freiwilligen Ordnung – im Gegensatz zu der Dschungel-Gesellschaft, die in großen Staaten mit Mehrheitsprinzip gelte, wo ein ständiger Kampf jeder gegen jeden im Gange sei, damit die Regierung den einen nimmt und den anderen gibt. Wir bräuchten stattdessen tausende Liechtensteins und Monacos.

## Kleine Staaten mit wettbewerbsfähigen Währungen

In kleinen Staaten, die miteinander im Wettbewerb stünden, würde auch besseres Geld entstehen. So wie man im Zuge von Zentralisierung eine Bewegung weg von gutem Geld beobachten konnte (z. B. von der D-Mark zum Euro), sei zu erwarten, dass sich bei einer Dezentralisierung eine Bewegung hin zu einem besseren Geld einstellen würde.

Als die Schweiz sich 1992 dem Internationalen Währungsfonds (IWF) anschloss, verfügte sie noch über enorme Gold-Vorräte.

In den kommenden Jahren wurde ein regelrechter Goldkrieg gegen die Schweiz geführt – und im Übrigen ist eine Goldanbindung der Währung in den IWF-Statuten untersagt. Gutes Geld erschwere den Nationen aber das Kriegführen, weil es das uferlose Geld drucken verunmöglicht. Nahezu alle großen, kriegführenden Nationen setzten deshalb in jüngerer Vergangenheit den Goldstandard aus, wenn sie in den Krieg zogen. Hier

sei Immanuel Kant zu folgen, der in einem Creditsystem ins Unabsehbare wachsender und doch immer für die gegenwärtige Forderung gesicherter Schulden einen Schatz zum Kriegführen und ein großes Hindernis des ewigen Friedens sah.

## In heterogenen Großstaaten sind Konflikte vorprogrammiert

Am Beispiel Jugoslawiens zeigte Andreas Marquart auf, wie die Umverteilung zwischen Regionen durch eine Zentralgewalt zu Konfrontation und Neid führten, die schließlich (mit-)ursächlich für militärische Auseinandersetzungen seien. Selbstverantwortung und Selbstbestimmung der Regionen seien deshalb wichtig. Es dürfe keine zentrale Schatztruhe des heiligen Gebens und Nehmens geben.

In Kleinstaaten hänge zudem der soziale Frieden nicht schief. Umverteilung, Korruption und Lobbyismus werden be- und verhindert, wenn die Regierung näher beim Volk ist.

## Kleine Staaten können sich maximal verteidigen

Interessant ist auch die Tatsache, dass kleinere Staaten geringere Militärausgaben gemessen am Bruttoinlandsprodukt haben. Man könnte hier als Ökonom erwarten, dass sich gewisse Skaleneffekte ergeben, also dass größere Staaten einen geringeren Anteil am Bruttoinlandsprodukt für das Militär ausgeben.

Aber genau das Gegenteil sei der Fall: Kleinere Staaten hätten niedrigere Militärausgaben; schon weil es ihnen unmöglich ist, Angriffs- oder Präventionskriege zu führen. Sie können sich maximal verteidigen.



## In kleinen Staaten lebt man nicht nur besser, sondern auch länger

Zu guter Letzt lebe es sich in Kleinstaaten auch länger, wie empirische Daten belegten. So haben die Bürger HongKongs, das unilateral auf Freihandel setze und eine niedrige Flat Tax habe, eine höhere Lebenserwartung als die Bürger im großen China.

Auch korrelierten die Daten über Verbrechenshäufigkeit positiv mit der Kleinheit des Staatsgebildes: In kleinen Staaten werden weniger Menschen Opfer von Gewaltverbrechen.

Alle empirischen Daten sprechen also für Kleinstaaten: Die Regierung wird im Zaum gehalten, die Macht rücksichtsloser Politiker wird gezügelt, die Staatsfinanzen und das Geldwesen sind geordneter, Konflikte unter den Bürgern können besser vermieden werden, die Märkte sind freier, die Menschen leben sicherer und länger.

Es spricht also alles dafür, den bereits von Fürst Hans-Adam beschriebenen Wendepunkt vom Zentralismus zu Dezentralismus einzuleiten und die Staaten schrumpfen zu lassen.

## Private Cities – das Geschäftsmodell der Zukunft?

Der Jurist Dr. Titus Gebel, Mitgründer und ehemaliger Vorstand der Deutsche Rohstoff AG, ist überzeugt, dass Private Cities [7] ein Geschäftsmodell der Zukunft seien: Die Zukunft gehört politikfreien Gemeinwesen. So forderte der berühmte Philosoph Jean-Jacque Rousseau Einstimmigkeit, um das Mehrheitsprinzip einzuführen. Die Politik schließe aber regelmäßig Verträge zu Lasten Dritter, die im Privatrecht unzulässig seien.



Dr. Titus Gebel

Nie habe ein Volk einen contrat social in Wirklichkeit unterzeichnet, und dennoch erdreisteten sich Politiker, Bürger zu belasten und Gelder zu Gunsten anderer umzuverteilen. Dabei nähmen Politiker immer mehr Raum ein: Ein Großteil des Bruttoinlandsproduktes werde heute vom Staat beansprucht. Zudem hafteten Politiker nicht für ihr Handeln, sondern machten immer die Steuerzahler haftbar. Macht ohne Haftung müsse jedoch quasi jeden korrumpieren.

Wirklich demokratische Entscheidungen, im Sinne von Selbstbestimmung, setzten voraus, dass jeder Angebote ablehnen kann.[8] Ein Markt entstehe immer dort, wo Menschen zusammenkommen, die nicht bereits wunschlos glücklich seien. Und diese stimmten jeden Tag über die Produzenten der Güter und Dienstleistungen ab, und zwar mit dem Geldbeutel.

## Privatstädte als politikfreie Räume

Die von Titus Gebel geplante Privatstadt in Mittelamerika soll zwar in einem Gastgeberstaat liegen, jedoch über weitestgehende Autonomie verfügen. Dieses Projekt wird dazu führen, dass es das erste Mal in der Geschichte tatsächlich einen Gesellschaftsvertrag geben wird. Der Betreiber der Stadt werde nicht als Souverän gegenüber den Bürgern auftreten, sondern als gleichberechtigter Vertragspartner.

Demokratie im Sinne des Mehrheitsprinzips bedeute einen ständigen Kampf jeder gegen jeden, in dem Unmengen an Ressourcen verschwendet würden, um die eigenen Wertvorstellungen anderen aufzuzwingen und an das Geld anderer Leute zu gelangen.

Die Privatstädte sollen ein politikfreier Raum werden, und so gebe es keinen Platz mehr für Verteilungskämpfe, das Aufwiegeln einer Gesellschaftsgruppe gegen die andere oder Steuern, die ohne die Zustimmung der Besteuernten eingetrieben werden.

Der Betreiber der Stadt garantiere den Schutz vor Angriffen auf Leib und Leben und den Schutz des Privateigentums. So hafte der Betreiber zum Beispiel im Falle eines Einbruchsdiebstahls auf Schadensersatz, weil er seine Schutzpflicht verletzt habe, und deswegen hat er ein großes Interesse am sozialen Frieden.

Und im Gegensatz zum ancien regime, also den heutigen Staaten, könne der Dienstleister der Privatstadt auch keine Entscheidungen auf Kosten anderer treffen. Und ansonsten können die Bürger ihre Angelegenheiten selbst regeln.

Drei solcher Private-City-Projekte[9] seien

bereits im Entstehen begriffen, und Titus Gebel ist sich sicher, dass es sich dabei um ein Geschäftsmodell der Zukunft handele, das nicht mehr aufzuhalten sei.

## Auf dem Weg zu einem globalen Kartell von Staaten?

Großer Staat entsteht, großer Staat vergeht, so lautete der Titel des Vortrags von Thorsten Polleit. Darin zeigte er auf, dass der Staat – verstanden als territorialer Zwangsmonopolist mit Letztentscheidungsmacht über alle Konflikte – unnatürlich sei, dass er nicht durch Freiwilligkeit, sondern nur durch Gewalt und Zwang entstanden sein könne. Doch damit nicht genug:

Der demokratische Staat – der heutzutage für das Mehrheitsprinzip steht –, dehnt sich unaufhaltsam immer weiter aus. Er lässt sich nicht eingrenzen, so dass selbst aus einem Minimalstaat früher oder später ein Maximalstaat wird.

Staaten konkurrierten miteinander, heutzutage vor allem wirtschaftlich. Aber sie haben auch politisch-ideologische Gemeinsamkeiten. Diese lassen sie ein Kartell der Staaten bilden. Das ist, so Polleit, aber nur ein Zwischenschritt auf dem Weg zu einem Weltstaat: dem Ideal des politischen Globalismus, der mittlerweile von vielen Menschen als der richtige Weg angesehen wird: Die Geschicke der Menschen auf der Welt sollen nicht vom freien Markt, sondern politisch gestaltet werden.

Ein Weltstaat – ein Staat ohne Konkurrenz – würde jedoch das letzte Bisschen verbliebene individuelle Freiheit zu Grabe tragen; er würde über kurz oder lang ein totalitärer Weltstaat werden.

## Demokratie als ständiger Konflikttherd

Die Unterschiedlichkeit, die Verschiedenheit der Menschen, sei ein wirksames Bollwerk gegen den Weltstaat. Daher befasste er sich auch mit den Folgen der Wanderung. In diesem Zusammenhang griff er eine wichtige Einsicht auf, die Ludwig von Mises formuliert hatte: dass nämlich die Demokratie (verstanden als das Mehrheitsprinzip) in Gemeinschaften, die sich durch unterschiedliche Sprachen und Kulturen, nicht friedensstiftend, sondern vielmehr konfliktverursachend wirkt.

Der Grund: Die Demokratie kollidiert mit dem Selbstbestimmungsrecht der Menschen beziehungsweise der Gruppen von Menschen. Beispielsweise sind Zuwanderer, wenn sie eine Minderheit darstellen, gezwungen, sich freiwillig im Zuwanderungsland zu assimilieren, oder sie laufen Gefahr, zur Assimilation gezwungen zu werden, wenn die Mehrheit fürchtet, sie könnte künftig ihre Mehrheit aufgrund der Zuwanderer verlieren.

## Friedlich lässt sich Zuwanderung nur bei Akzeptanz des Selbstbestimmungsrechtes lösen

Thorsten Polleit legte dar, dass es in einem liberal-libertären Gemeinwesen – unter den Prinzipien des Liberalismus – kein Wanderungsproblem gebe, wie es aber notwendigerweise entstehen müsse, wenn die Zuwanderung politisch gesteuert werde. In einem liberal-libertären Gemeinwesen könne es eine (Zu-)Wanderung nur geben, wenn die Eigentümer von Boden und Land freiwillig Einladungen aussprechen.

Ungebetene Zuwanderung käme einer Verletzung der Eigentumsrechte der Menschen im Zuwanderungsland gleich, und sie würden sich (mit Recht) dagegen zur Wehr setzen.

## Der Staat ist das Problem – und nicht die Lösung

Das Wanderungsproblem, das sich unweigerlich auf dieser Erde stelle – weil es Veränderungen der Bevölkerungszahl, des Klimas und der (Produktions-)Technologie gibt – lässt sich nicht mit einem allmächtigen Staat lösen. Vielmehr birgt das besondere Gefahren, es sorgt für Konflikte.

Die Lösung liegt vielmehr, so Polleit, in der uneingeschränkten Akzeptanz des Selbstbestimmungsrechts eines jeden Menschen – verstanden als Selbsteigentum am eigenen Körper und dem Eigentum an den rechtmäßig erworbenen Gütern. Das ist die (logisch unangreifbare) Norm (oder: Bedingung), unter der das menschliche Handeln das produktive und friedvolle Miteinander der Menschen auf der Erde ermöglichen kann.

Angesichts dieser Erkenntnis ist der Staat (wie wir ihn heute kennen) nicht die Lösung, sondern das Problem selbst.

## Private Cities haben Vorteile für Staaten

Im Anschluss an die Vorträge fand eine Frage- und Diskussionsrunde statt. Zu den Private Cities meinte ein Teilnehmer, dass er sich frage, wieso ein Staat eine autonome Region innerhalb seines Territoriums zulassen sollte? Denn würde sich diese als erfolgreich erweisen, wäre doch für alle sichtbar, dass es keine Staaten und Politiker mehr brauche.





David Dürr, S.D. Fürst Hans-Adam II. von und zu Liechtenstein, Titus Gebel, Thorsten Polleit

Titus Gebel erwiderte, dass die Politiker generell kurzfristig dächten. Es gebe vielerorts bereits Sonderwirtschaftszonen, wie z. B. Hong Kong, und um diese herum einstündigen regelmäßig prosperierende Speckgürtel, die den Staaten kurzfristig nützten, weil sie für zusätzliche Arbeitsplätze und Steuereinnahmen sorgten.

Einem Politiker sei es aber generell egal, was in 40 Jahren passiere, wenn er nicht mehr im Amt sei.

## Sozialfonds und freiwillige Hilfe

Dass ein kleiner Prozentsatz der Bevölkerung wegen Krankheit oder Behinderung nicht arbeitsfähig ist, spricht nach Titus Gebel nicht gegen Privatstädte: Dies sei für einen Betreiber kalkulierbar und mittels eines Sozialfonds lösbar.

## Öffentliche Güter sind nur eine Fiktion

Ein Teilnehmer fragte, wer denn in Privatstädten für öffentliche Güter Sorge, also Theater, Museen oder Opernhäuser? Öffentliche Güter würden doch immer mehr nachgefragt! Titus Gebel meinte hierzu, dass diese Einrichtungen doch zumeist – wenn überhaupt – nur von 5 % der Bevölkerung, also einer kleinen Schicht, genutzt würden, die aber sehr lautstark sei.

Natürlich werde er in seiner Private City z. B. einen Park und Grundstücke für Kultur zur Verfügung stellen. Aber was die Unternehmer letztlich an Kultur anbieten, das entschieden alleine die Kunden. Thorsten Polleit erinnerte daran, dass es sich bei öffentlichen Gütern letztlich um eine nicht-reale Fiktion handle.

Alle Güter und Dienstleistungen könnten besser und kostengünstiger produziert werden, wenn es keinen Zwangsmonopolisten gebe, der sie auf Kosten Dritter produziert.

## Privatisierung von Staatsvermögen – Anteilsscheine für Steuerzahler

Auf die Frage hin, wie Staaten zu autonomen Regionen oder Privatstädten sozusagen down-gegradet werden könnten, antwortete Thorsten Polleit, dass eine Privatisierung von vorhandenem Staatsvermögen stattfinden könne. Eine Wiedergutmachung könnte stattfinden, wenn die Steuerzahler, etwa entsprechend den gezahlten Steuern, Anteilsscheine hierfür bekämen.

## Ein Wettbewerb der kleinen Einheiten anstatt Großgebilde wie die EU-Bürokratie

Nötig sei künftig nach Thorsten Polleit ein Wettbewerb der Systeme: Die Schweiz, Privatstädte oder Kleinstaaten wie Liechtenstein seien verschiedene Ansätze. Nicht zukunftsfähig seien große, zentralisierte Einheiten wie etwa die Europäische Union: Die politische Ungleichheit in der EU sei bereits am Wachsen: Während Zypern und Griechenland nicht mit Gelddrucken unterstützt wurden, habe die EZB Italien die Staatsanleihen abgekauft. Durch diese Ungleichbehandlung nehmen die Zentrifugalkräfte bereits zu.

In diesem Zusammenhang erwähnte Fürst Hans-Adam, dass es notwendig wäre, Staaten auch pleitegehen zu lassen. Nur so würden diese zu verantwortlichen Staatshaushalten zurückfinden können. Seiner Meinung nach sei der Wendepunkt zur Dezentralisierung bereits überschritten: Der neue Trend seien nicht Großstaaten, sondern autonome Regionen.

## Ist die Demokratie noch zu retten?

Auf die Frage hin, ob die Demokratie noch zu retten sei, antwortete David Dürr: Ich hoffe

nicht! Die Demokratie in Gestalt des Mehrheitsprinzips sei nicht schützenswert. Zudem sei es eben keine Demokratie, wenn lediglich 0,1% der Schweizer Gesetze durch die Bevölkerung gebilligt seien. Wahlen seien mehr so etwas wie eine demokratisch-folkloristische Veranstaltung. Fürst Hans-Adam hielt aus diesem Grund direkte Demokratie für wichtig. Thorsten Polleit erinnerte, dass nach Mises Demokratie Selbstbestimmung bedeute.

Das Selbstbestimmungsrecht sei jedoch mit dem Mehrheitsprinzip nicht vereinbar. Titus Gebel fragte: Wenn Sie einen Sicherheitsdienstleister haben und sich sonst um ihre eigenen Angelegenheiten kümmern können – wozu brauchen sie dann noch Demokratie? Nach Ludwig von Mises stimme jeder mit seinem Geldbeutel ab: Das sei wahre Demokratie. Heute sei Politik selbst das Problem.

## Eine nachhaltig durchführbare Gesellschaftsordnung nach Ludwig von Mises

Ludwig von Mises sagte:

*„Das Selbstbestimmungsrecht, von dem wir sprechen, ist jedoch nicht das Selbstbestimmungsrecht der Nationen, sondern Selbstbestimmungsrecht der Bewohner eines jeden Gebietes, das groß genug ist, einen selbständigen Verwaltungsbezirk zu bilden. Wenn es irgend möglich wäre, jedem einzelnen Menschen dieses Selbstbestimmungsrecht einzuräumen, so müsste es geschehen.“*

Und hierzu stellte Thorsten Polleit zu Ende der Konferenz fest: Beide Wege, einerseits autonome Regionen oder Kleinstaaten im friedlichen Wettbewerb miteinander und andererseits Private Cities wären mit Mises' Auffassung vereinbar.

von Andreas Teidtke

# „Der Staat: Wie jeder Monopolist macht er seinen Job lausig“

Herzlich willkommen!

**W**ir freuen uns Ihnen mitzuteilen, dass wir Herrn David Dürr als neues Mitglied des Wissenschaftlichen Beirates des Ludwig von Mises Institut Deutschland gewinnen konnten. David Dürr ist Wirtschafts-anwalt und Notar, und er ist zudem Titular-

professor für Privatrecht und Rechtstheorie an der Universität Zürich. Wir heißen ihn herzlich willkommen! Freuen Sie sich mit uns über David Dürres Unterstützung, die liberal-libertäre Rechtslehre künftig auch über das Ludwig von Mises Institut Deutschland zu verbreiten.

Thorsten Polleit (Präsident) und Andreas Marquart (Vorstand)

*Das folgende Interview wurde im April / Mai 2017 per Email geführt. Die Fragen stellte Andreas Marquart.*

**Herr Dürr, als Schweizer müssten Sie in puncto Freiheit im Vergleich zu einem Bürger in der EU eher verwöhnt sein. Dennoch ist Ihre Haltung gegenüber dem Staat kompromisslos kritisch. Woran liegt das?**

Wenn die Frage nicht von Ihnen, Herr Marquart, käme, empfände ich sie als zynisch. „Puncto Freiheit verwöhnt“ passt nicht wirklich dazu, dass man uns in der Schweiz flächendeckend Steuern abknöpft, dass wir von Staats wegen Schul- und Militärpflichten haben, in einzelnen Kantonen gar Kindergartenpflichten, dass wir uns einer komplett maroden staatlichen Altersvorsorge anschliessen müssen, dass Muslime bei uns keine Minarette bauen dürfen, dass Drogenkonsum von Staats wegen verboten ist etc. etc.

Ich könnte die „Freiheits“-Liste noch beliebig verlängern. Es ist wohl schon so, dass es einige Länder gibt, wo es noch schlimmer ist, aber Trost ist das für mich als Schweizer nicht.

Und was den Vergleich mit der EU anbelangt, so gibt es auch da keine grundsätzlichen Unterschiede: Sowohl die EU als auch die sogenannte „Schweizerische Eidgenossenschaft“ zeichnen sich dadurch aus, dass sie ohne nennenswerte demokratische Legitimation ihren 28 bzw. 26 Gliedstaaten Regulierungen aufzwingen.

Ja, selbst der angeblich so demokratischen Schweiz fehlt die demokratische Grundlegung; unter anderem deshalb, weil die Gründung des Bundesstaats im Jahr 1848 auf völkerrechtswidrige Weise zustande kam: durch Mehrheitsbeschluss der Siegerkantone des damaligen Sonderbundkrieges, obwohl es der Einstimmigkeit aller Kantone bedurft hätte.



## **Die Frage war nicht zynisch gemeint und, zugegeben, dass es wo anders schlimmer ist, ist natürlich kein Trost. Aber beginnen wir ganz vorne. Warum war die Gründung im Jahr 1848 völkerrechtswidrig?**

Gemäss der damaligen Rechtslage, dem vom Wiener Kongress abgeseigneten neutralen Staatenbund, hatten die einzelnen Kantone eine weitgehende Eigenständigkeit; dies im Unterschied zur vorausgehenden, eher zentralistischen Helvetik Napoleons. Der relativ lockere Staatenbund aus damals 22 Kantonen basierte auf dem Bundesvertrag von 1815, der für ganz wenige Gegenstände Mehrheitsbeschlüsse vorsah, nicht aber für so grundsätzliche Geschäfte wie, aus dem vertraglichen Staatenbund einen integrierten Bundesstaat zu machen.

Genau dies geschah dann aber 1848, indem die 14 Siegerkantone den 8 Sonderbunds-Verliererkantonen durch Mehrheitsbeschluss die neue Staatsform aufzwangen. Dass dies dem Völkerrecht widersprach, war schon damals bekannt und ist es auch heute noch. Dass mittlerweile viel Gras darüber gewachsen ist, ändert nichts am Fehlen einer legitimen Grundlage.

Die Gründung von 1848 hat aber nicht nur das Völkerrecht verletzt, sondern auch das Fundamentalprinzip des Gesellschaftsvertrags. Schon Jean-Jacques Rousseau hatte seiner Theorie des contrat social Einstimmigkeit zugrunde gelegt. Er liess zwar zu, dass ein Gesellschaftsvertrag Mehrheitsbeschlüsse vorsehe, doch der erste Vertrag müsse von allen unterschrieben sein, sonst fehlt es ja an der legitimierenden Initialzustimmung.

Und diese eigentlich ganz natürliche Grundregel ist bis anhin noch von jedem Staat ver-

letzt worden. Und er wird immer wieder neu, mit jeder Mehrheitswahl und mit jeder Mehrheitsabstimmung, verletzt. Das heute grassierende Mehrheitsprinzip hat nichts mit Legitimation, dafür umso mehr mit Macht zu tun. Ganz abgesehen davon, dass die jeweiligen „Mehrheiten“, wenn man genau nachrechnet, erstaunlich kleine Minderheiten sind.

## **Zum Thema „Gesellschaftsvertrag“ gibt es zahlreiche unterschiedliche Ansätze ... Hobbes, Locke, Paine oder auch Rousseau, den Sie erwähnen. Das zeigt, wie schwierig das Thema ist. Wie nähern Sie sich dieser Problematik?**

Der Idee des Gesellschaftsvertrags kommt in der westlichen Verfassungsgeschichte eine prominente Bedeutung zu. Darauf berufen sich so unterschiedliche Programme wie diejenigen der Monarchie (Hobbes), des freien Individuums (z.B. Paine, Locke), des sozialpflichtigen Eigentums (z.B. Rousseau) oder korporatistischer Gesellschaftsmodelle einschliesslich des heutigen, sogenannten demokratischen Sozialstaats. Gemeinsam ist ihnen der Versuch, anstelle einer rein machtbasiereten Unterwerfung so etwas wie eine freiwillige Selbstbeschränkung treten zu lassen.

Rechtlich ist die Institution Vertrag denn auch sehr spezifisch mit Konsens konnotiert, mit gegenseitig übereinstimmenden und nicht mit aufgezwungenem Willen. Dass sich die Parteien nach „aus-getragenen“ Konflikt wieder „ver-tragen“, so die etymologische und entstehungsgeschichtliche Herleitung, impliziert in der Regel ein beidseitiges Akzeptieren der erzielten Lösung.

Dies auf die Gesellschaftsstruktur insgesamt anzuwenden, macht ja durchaus Sinn.

## Und wie sieht denn der echte Gesellschaftsvertrag oder die echte Demokratie aus?

Der echte Gesellschaftsvertrag geht immer nur so weit wie der Konsens. Ginge er weiter, wäre er nicht mehr Vertrag, sondern Befehl. Er wird also nie sämtliche Menschen eines ganzen Landes umfassen, sondern immer nur jene, die ihm zustimmen.

Dies wiederum bedeutet, dass sich das Modell einer Gesellschaftsordnung, die auf Zustimmung seiner Mitglieder beruht, vom Kriterium des Territoriums lösen muss. Angehöriger einer Gesellschafts- und Rechtsordnung ist man dann nicht mehr, weil man den Fuss auf ein bestimmtes Territorium setzt, sondern weil man sich dieser Ordnung anschliesst.

So wie man sich einer Kirche, einer Einkaufsgenossenschaft, einer Loge, einer Berufsinnung, einem Kloster etc. anschliesst. Wenn man dann wieder austreten will, muss man deswegen nicht wegziehen, sondern bloss den Austritt erklären, allenfalls mit einer angemessenen Kündigungsfrist.

Natürlich bleibt dann die Frage nach den Ordnungsstrukturen für die Beziehungen zwischen verschiedenen solchen Organisationen oder zwischen diesen und „wildem“, also nicht organisierten Gesellschaftsmitgliedern. Wer erlässt den hier Regelungsstrukturen, Normen, Gesetze etc.? Das ist ein ausgesprochen weites Feld. Der Grundansatz ist jedoch ziemlich einfach: Gesetze müssen nicht gegeben werden, Gesetze gibt es, als natürliche Gesetzmässigkeiten des menschlichen Verhaltens.

Es ist nicht deshalb verboten zu töten, zu verletzen, zu beleidigen oder zu stehlen,

weil jemand dies in ein Gesetz geschrieben hat. Sondern es wird in Gesetze geschrieben, weil es verboten ist. Und „verboten“ heisst, dass wenn so etwas geschieht, dass die Gesellschaft dann natürlicherweise Reaktionen in Gang setzt, die zu Korrekturen dieses Unrechts führen, zu Strafen, Ersatzpflichten, Genugtuungsritualen etc.

## Ist die Spannweite menschlichen Sozialverhaltens nicht zu groß oder anders gefragt, braucht es unter der Annahme, dass unterschiedliche Gesellschaftsordnungen innerhalb eines Territoriums nebeneinander existieren, nicht eine gewisse Schnittmenge an Gesetzen, an die sich ausnahmslos alle zu halten haben?

Auch die „gewisse Schnittmenge an Gesetzen, an die sich ausnahmslos alle zu halten haben,“ gibt es bereits, muss also von niemandem verordnet werden. Sie lässt sich letztlich reduzieren auf die Grundnorm, andere in Ruhe zu lassen, was immer sie tun – ausser wenn sie eben diese Norm verletzen, das heisst wenn sie andere nicht in Ruhe lassen. Man kann es auch das Toleranzprinzip nennen, das bekanntlich an der Intoleranz seine Grenze findet, Intoleranz muss nicht toleriert werden, sonst aber alles.

Nun könnte man ja auf die Idee kommen, die Durchsetzung des Toleranzprinzips einer starken Zentralinstanz zu übertragen, dem Staat eben, der dafür sorgt, dass sich auch mächtige Player daran halten. Das Problem ist nur, dass eine solch zentrale und damit monopolistische Instanz in kürzester Zeit eigene Interessen entwickelt, ihr Durchsetzungsmonopol missbraucht und schon bald vor allem etwas betreibt, nämlich Intoleranz.

Das ist nicht einfach das sattsam bekannte Grundproblem des Staates, sondern spezifisch auch seine Unfähigkeit, unterschiedliche Gesellschaftsordnungen innerhalb eines Territoriums aneinander vorbei zu kriegen. Denn er selbst ist ja seinerseits eine Gesellschaftsordnung und dabei erst noch eine monopolistisch bornierte.

Also kann man sich ja vorstellen, wie er mit der Frage umgeht, ob andere Gesellschaftsordnungen die Grundnorm der Toleranz einhalten:

Was auch immer vom eigenen Modell abweicht, wird er beargwöhnen und schon bald wohlklingende Gründe finden, es zu verbieten. Also das gleiche Muster, das uns heute unser sogenannter Rechtsstaat vorführt:

Ziemlich wichtig beruft er sich auf sein Verfassungsprinzip der Religionsfreiheit, hat aber keine Hemmungen, fremde Religionsgemeinschaften daran zu hindern, ihre eigene Familien- oder Erbrechtsordnungen zu pflegen, bestimmte Kleider zu tragen und (wie schon erwähnt in der Schweiz) Minarette zu bauen.

Nein, das Toleranzprinzip darf man nicht einem Monopolisten anvertrauen. In den besten Händen ist es, wenn es in allen Händen ist, bei allen Gesellschaftsmitgliedern, bei allen Rechts- oder Kulturgemeinschaften, wirtschaftlichen, politischen oder religiösen Organisationen, also bei all denen, die je nach dem Anlass haben, sich gegen Intoleranz zu wehren, die man ihnen zumutet.

Und sie werden sich wehren, dank der natürlichen Rechtskraft des Toleranzgesetzes.

## **Sie haben vorhin gesagt, „eine Gesellschaft setzt Reaktionen in Gang“. Da braucht es doch auch Institutionen? Wie muss man sich das vorstellen?**

In der Tat braucht es da Institutionen, Anlaufstellen, Konfliktlösungsorganisationen, verlässliche Verfahren etc. Und wo eine Nachfrage ist, da gibt es auch Angebote. Das entspricht ökonomischer Erfahrung.

Unter diesen Konfliktlösungsangeboten wird es auch solche geben, die fast gleich wie die heutigen staatlichen Institutionen daherkommen, etwa als Gerichte mit entsprechenden Verfahrensordnungen, Kanzleiorganisationen, Verhandlungssälen, formalisierten Diskursritualen etc. etc., bloss mit dem wesentlichen Unterschied, dass diese Konfliktlösungsanbieter kein Monopol beanspruchen können.

Sie stehen in gegenseitigem Wettbewerb und können sich Verfahrensverschleppungen, Behäbigkeiten, Unsorgfältigkeiten und Überheblichkeiten, wie sie bei staatlichen Gerichten anzutreffen sind, nicht leisten. Sonst sind sie in Kürze aus dem Geschäft.

Und zudem wird es auch eine grosse Vielfalt an verschiedensten und immer wieder neuen Konfliktlösungsansätzen, -techniken oder -ideen mit ständig verbesserten und günstigeren Angeboten geben.

Die „Zuständigkeit“ dieser privaten Konfliktlösungsanbieter kann sich natürlich nicht auf eine allgemeinverbindliche Zwangsverfassung abstützen. Statt dessen wird es typischerweise Schiedsvereinbarungen geben, sei es durch die Konfliktparteien selbst, sei es etwa über Rechtsschutzversicherungen, die entsprechende Schiedsabsprachen für ihre Versicherungsnehmer treffen.



Fehlt es an solch einvernehmlichen Verbindlichkeitsgrundlagen, kann sich die „Zuständigkeit“ auch aus dem jeweiligen Konflikt heraus entwickeln, etwa wenn ein Streit in Gewalt auszuarten droht und die Parteien deswegen je beidseits Sicherheitsfirmen beiziehen, die sich dann ihrerseits auf eine Schiedsinstanz einigen können.

Und das werden sie tun, denn Streitigkeiten gewaltsam auszutragen, kommt auf die Dauer viel zu teuer.

### **Viele Leser werden jetzt möglicherweise überlegen, wie die Gesellschaft – ohne den Monopolisten Staat – mit schweren Raubtätern oder gar Mördern umgeht...**

Die Antwort auf diese Frage ist eigentlich ganz einfach: Die Gesellschaft ohne Staat wird mit Räubern und Mördern nicht grundsätzlich anders umgehen wie die Gesellschaft mit dem Staat. Das heisst, sie wird empört reagieren, den Täter verfolgen, ihn zu überführen versuchen, ihn bestrafen und dazu verurteilen, Satisfaktion zu leisten. Diese völlig natürliche Reaktion findet so oder so statt, mit oder ohne Staat.

Das ist ja auch der Grund dafür, dass ich vorhin sagte, es brauche den Staat nicht, um Raub und Mord zu verbieten und anzuordnen, dass bei einer Verletzung dieses Verbots eine Strafe erfolge. Dies Strafe kommt von selbst – actio = reactio.

Der Staat als Strafinstanz ist aber nicht nur unnötig, er ist auch untauglich: Wie jeder Monopolist macht er seinen Job lausig. Wo er rasch reagieren sollte, lässt er Zeit verstreichen, bis verzweifelte Opfer schliesslich zur vielleicht übertriebenen Selbsthilfe greifen. Wo er behutsam etwa einen Familienstreit

schlichten sollte, fährt er mit viel zu grobem Geschütz auf. Und jedes Mass verliert er bezeichnenderweise dann, wenn er sich selbst als Opfer wähnt, etwa bei der Verfolgung von Steuerhinterziehung.

Hier wird ein krankhaft hypertrophiertes Verfolgungs-, Bessitzelungs- und Denunziationsnetz eigerichtet, laufend ausgebaut und immer mehr auch international perfektioniert. Und dabei – nebenbei bemerkt – begeht das Delikt gar nicht der Steuerhinterzieher, sondern der Steuerstaat. Er ist es, der den Leuten Geld wegnimmt, ohne dass sie sich dazu verpflichtet oder sonst einen Anlass dazu gegeben hätten; sondern einfach deshalb, weil sie welches haben, oder wie die staatlichen Steuerrechtler sagen: „voraussetzungslos“.

Gemäss natürlichem Recht wäre das Diebstahl, und wenn es mit Gewalt durchgesetzt wird, wäre es Raub.

### **Wir müssen uns also lösen von dem Gedanken, dass nur der Staat gewisse Güter – beispielsweise „Sicherheit“ – zur Verfügung stellen kann ...**

So ist es. Es gibt nichts, das nur durch den Staat geliefert werden kann. Auch nicht die Dienstleistungen, von denen man bisweilen sagt, sie seien die Kernfunktionen des Staates: Sicherheit, Ruhe und Ordnung, aber auch der Schutz schwacher Gesellschaftsmitglieder oder der sorgsame Umgang mit natürlichen Ressourcen.

Was die erstgenannte Gütergruppe angeht, sozusagen die Hardcore Staatsfunktionen Sicherheit, Justiz etc., mag es vielleicht als Wagnis erscheinen, auf den Staat zu verzichten. Da könnten doch machtgierige Egoisten, kriminelle Gangs oder schwerbewaffnete Warlords ihr Unwesen unbehelligt von einer starken Kontrollinstanz treiben, da würde doch nur das Recht des Stärkeren gelten, bis schliesslich einer der Stärkste ist, der dann alle anderen zu rechtlosen Untertanen erniedrigt!

Ja, das ist ein Wagnis, in der Tat. Die Sache ist nur: Eine so starke Kontrollinstanz wie den Staat mit allen Insignien der Macht und zudem mit Gewaltmonopol einzurichten, ist ein noch viel grösseres Wagnis.

Da muss sich nicht ein besonders Rücksichtsloser bis an die Spitze des Landes hinaufkämpfen (was ausgesprochen schwierig ist), sondern es muss ein mit allen ehrenvollen Insignien an die Spitze des Landes Gestellter bloss noch rücksichtslos werden (was so leicht wie von selbst geht). Oder anders gewendet:

Der Teufel, den der Staat an die Wand malt,

um sein Ruhe- und Ordnungsmonopol zu rechtfertigen, ist er selbst. Und abgesehen davon: Dass es angesichts der Exzesse, die staatliche Macht schon nach innen (z.B. mit industriellem Massenmord) oder aussen (z.B. mit Atom- und Weltkriegen) angerichtet hat, noch immer Leute gibt, die dem Gewaltmonopol des Staates das Wort reden, ist mir ein Rätsel.

Auch jene anders geartete vermeintlich staattypische Gütergruppe wie soziale Fürsorge oder Umweltschutz werden von Privaten viel besser erbracht als vom Staat. Denn die damit artikulierten Anliegen und Bedürfnisse sind ja vorhanden, viele Menschen können es nicht mit ansehen, wenn schwache Gesellschaftsmitglieder unter die Räder kommen oder wenn die Natur zugrunde geht.

Es bleibt dann bloss noch die quasi technische Frage, auf welche Weise diese Anliegen umgesetzt werden, ob zwangsmonopolistisch durch den Staat oder in einer dezentralen und kompetitiven Struktur. Und diese Wahl zu treffen, fällt wohl kaum schwer.

**Vielen Dank, Herr Dürr.**

## Veröffentlichungen auf der Internetseite des Ludwig von Mises Institut Deutschland im Jahr 2017

- So etwas wie „stabiles“ Geld kann es nicht geben  
2.1.2017 – von Frank Hollenbeck
  - Liechtenstein als Vorbild für Deutschland?  
4.1.2017 – von Titus Gebel
  - Die Cambridge-Cambridge-Kontroverse über den Kapitalbegriff und ihre Bedeutung für die Österreichische Schule  
6.1.2017 – von Eduard Braun
  - Europas miserabile Anti-Tabak-Politik  
9.1.2017 – von Bill Wirtz
  - Das Bemerkenswerte an Bitcoins ist, dass es sie überhaupt gibt  
11.1.2017 – von Jeffrey Tucker
  - Bitte zahlen, Klimaschutz kostet  
13.1.2017 - von Klaus Peter Krause
  - Zehn fundamentale ökonomische Gesetze  
16.01.2017 – von Antony P. Mueller
  - Die Wissenschaft und das Leben  
18.1.2017 – von Ludwig von Mises
  - Alle Jahre wieder: OXFAM beklagt zunehmende Ungleichheit  
20.1.2017 – von Andreas Tögel
  - Kennen sie den Präsidenten der Schweiz?  
23.1.2017 – von Bill Wirtz
  - Energiewende: Der Rechnungshof sagt nur die halbe Wahrheit  
25.1.2017 – von Klaus Peter Krause
  - Die politische Desintegration ist Europas große Chance  
27.01.2016 – von Łukasz Nieroda
  - Inflation wird zur bösen Überraschung im Wahljahr  
30.1.2017 – von Brendan Brown
  - Zentralbanken sind Geschöpfe der Machtpolitik, nicht der ökonomischen Vernunft  
1.2.2017 – von Karl-Friedrich Israel
  - Im freien Markt gibt es keine exzessiven Gewinne  
3.2.2017 – von Ludwig von Mises
  - Politische Vielfalt hat Europa reich gemacht  
6.2.2017 – von Louis Rouanet
-



- **Ludwig von Mises war pro Feminismus, bevor es „cool“ wurde**  
8.2.2016 – von Jeffrey Tucker und Cathy Reisenwitz
  - **Das richtige Heilmittel gegen die Inflation**  
10.02.2017 – von Henry Hazlitt
  - **Bitcoins und Blockchain ist es egal, wer an der Regierung ist**  
13.2.2017 - von Jeffrey Tucker
  - **In Memoriam Susanne Kablitz**  
15.2.2017 – von Andreas Marquart und Thorsten Polleit
  - **„Politik schafft Probleme, sie löst sie nicht“**  
17.2.2017 – Gespräch mit Andreas Marquart und Thorsten Polleit
  - **Staat bedeutet Knechtschaft**  
20.2.2017 – von Ludwig von Mises
  - **Kriegsausgaben nehmen den Menschen das Essen vom Tisch**  
22.2.2017 – Auszug aus dem Buch „Schwerter zu Pflugscharen“ von Ron Paul
  - **Die befreiten Staaten von Amerika**  
24.2.2017 – von Llewellyn H. Rockwell Jr.
  - **„Ich wollte Reformier werden, doch ich bin nur der Geschichtsschreiber des Niedergangs geworden“**  
27.2.2017 - von Ludwig von Mises
  - **Die europäischen Partner beugen das Recht und werden es weiter tun**  
1.3.2017 – von Philipp Bagus
  - **Mehr „Laissez Faire“ für eine bessere Welt**  
3.3.2017 – von Patrick Barron
  - **Donald Trump führt die EU an den Scheideweg**  
6.3.2017 – von Karl-Friedrich Israel
  - **US-Bundesstaat Arizona prüft, Gold und Silber als Geld zuzulassen**  
8.3.2017 – von Ron Paul
  - **Sich um den eigenen Kram kümmern und mit gutem Beispiel vorangehen – das ist eine vernünftige Außenpolitik**  
10.3.2017 – von Patrick Barron
  - **Die unlauteren Methoden der EZB**  
13.3.2017 – von Klaus Peter Krause
  - **Warum die Robotersteuer von Bill Gates eine schlechte Idee ist**  
15.3.2016 – von Jonathan Newman
-

- **Ludwig von Mises Seminar 2017 ... einige Eindrücke**  
17.3.2017 – von LUDWIG VON MISES INSTITUT
  - **Schulden, nichts als Schulden**  
20.3.2017 – von Andreas Tögel
  - **Was „Laissez-faire“ ist**  
22.3.2017 – von Jeffrey Tucker
  - **Hayek über Fake News**  
24.3.2017 – von Peter G. Klein
  - **Die Österreichische Schule der Nationalökonomie – Gegenpol zur Hauptstrom-Volkswirtschaftslehre**  
27.3.2017 – von Andreas Tiedtke
  - **Es knirscht gehörig im EU-Gebälk**  
29.3.2017 – von Andreas Marquart
  - **Rothbards Antwort auf den Klimawandel**  
31.3.2017 – von Curtis Williams
  - **Mises über Nationalismus, das Recht auf Selbstbestimmung und die Einwanderungsproblematik – Teil 1**  
3.4.2017 – von Joseph T. Salerno
  - **Fernsehen wie es sein sollte: [www.CSC.AG](http://www.CSC.AG)**  
7.4.2017 – von Stephan Ring
  - **Mises über Nationalismus, das Recht auf Selbstbestimmung und die Einwanderungsproblematik – Teil 2**  
10.4.2017 – von Joseph T. Salerno
  - **Das Eigentum als ökonomische und rechtliche Kategorie**  
12.4.2017 – von LUDWIG VON MISES INSTITUT DEUTSCHLAND
  - **Mises über Nationalismus, das Recht auf Selbstbestimmung und die Einwanderungsproblematik – Teil 3**  
14.4.2017 – von Joseph T. Salerno
  - **Eigentum in der Wirtschaft: Externe Effekte und der Staat**  
19.4.2017 – von LUDWIG VON MISES INSTITUT DEUTSCHLAND
  - **Unser Raubstaat kennt keine Grenzen**  
21.4.2017 – von Jeffrey Tucker
  - **Wenn von „Steuergerechtigkeit“ schwadroniert wird, wird's gefährlich**  
24.4.2017 – von Andreas Tögel
  - **Öffentliche Güter: Die Entzauberung einer Theorie**  
26.4.2017 - von LUDWIG VON MISES INSTITUT DEUTSCHLAND
-

- **Der Kampf um die Meinungshoheit im Internet**  
28.4.2017 – von Andreas Tiedtke
- **Inflation ist unmoralisch**  
1.5.2017 – von Henry Hazlitt
- **Gibt es ökonomische Gesetze?**  
3.5.2017 – von Thorsten Polleit
- **„Die Blockchain-Technologie wird den Mächtigen ihre Macht nehmen“**  
5.5.2017 – Interview mit dem Bitcoin-Experten Aaron Koenig
- **Inflation – die unterschätzte Gefahr**  
8.5.2017 – von Andreas Tögel
- **Woher kommt der Wohlstand der Nationen?**  
10.5.2017 – von LUDWIG VON MISES  
INSTITUT DEUTSCHLAND
- **Die Schrecken des Kommunismus in China**  
12.5.2017 – von Llewellyn H. Rockwell Jr.
- **„Ludwig von Mises hat so tief wie kaum jemand vor ihm über die Natur der Freiheit nachgedacht“**  
15.5.2017 – Interview mit Rolf W. Puster
- **Wettbewerb: Vollkommene Konkurrenz versus Marktprozess**  
17.5.2017 – von LUDWIG VON MISES  
INSTITUT DEUTSCHLAND
- **Sind Sie bereit für die Rote Pille?**  
19.5.2017 – von Andreas Tiedtke
- **Große Politik geht auch eine Nummer kleiner**  
22.5.2017 – von Andreas Marquart
- **Wie der Staat Kartelle und Monopole möglich macht**  
24.5.2017 – von LUDWIG VON MISES  
INSTITUT DEUTSCHLAND
- **Angriff auf das Privateigentum**  
26.5.2017 – von Llewellyn H. Rockwell Jr.
- **Glühbirnenvorschriften sind die Schnurrbartverordnungen unserer Zeit**  
29.5.2017 - von Marco Gallina
- **Ursachen und Funktion des Kapitalzinses – Keynesianer versus Österreicher**  
31.5.2017 – von LUDWIG VON MISES  
INSTITUT DEUTSCHLAND
- **Freies Unternehmertum statt staatlicher Bevormundung**  
2.6.2017 – von Andreas Tögel
- **Monetarismus: Das falsche Ideal stabiler Preise**  
7.6.2017 – von LUDWIG VON MISES  
INSTITUT DEUTSCHLAND



- **Was Frauen wollen**  
9.6.2017 – von Nat Vein
  - **Das Angebot-Nachfrage-Modell der Hauptstromökonomie geht an der Realität vorbei**  
12.6.2017 – von Frank Shostak
  - **Krisen: Minsky und die Österreicher**  
14.6.2017 – von LUDWIG VON MISES  
INSTITUT DEUTSCHLAND
  - **Die Zukunft ist dezentralisiert**  
16.6.2017 - von Jeff Deist
  - **Zentralbanken heizen die Nachfrage nach Kryptowährungen an**  
19.6.2017 – von Demelza Hays
  - **Informationsasymmetrien: Prinzipale, Agenten und Marktversagen**  
21.6.2017 – von LUDWIG VON MISES  
INSTITUT DEUTSCHLAND
  - **Kleinstaat Schweiz – Auslauf- oder Erfolgsmodell?**  
23.6.2017 – Interview mit Konrad Hummler
  - **„Der Staat: Wie jeder Monopolist macht er seinen Job lausig“**  
26.6.2017 – von LUDWIG VON MISES  
INSTITUT DEUTSCHLAND
  - **Kritik der modernen Finanztheorie**
  - **28.6.2017 – von LUDWIG VON MISES  
INSTITUT DEUTSCHLAND**
  - **Bargeld – verlässlicher Schutz vor den zudringlichen Blicken des Leviathans**  
30.6.2017 – von Andreas Tögel
  - **Die süße Melodie der Umverteiler**  
3.7.2017 – von Klaus Peter Krause
  - **Jetzt Neu: „MISES SPOT ON“**  
5.7.2017 – von Thorsten Polleit
  - **Ideen sind mächtiger als jede Regierung**  
7.7.2017 - von Ron Paul
  - **Erfolgsmodell Hongkong: So schafft man Wohlstand**  
10.7.2017 – von Marian L. Tupy
  - **MISES SPOT ON: „Die Entstehung des Geldes“**  
12.07.2017 – von Thorsten Polleit
  - **Ein Augenzeugenbericht aus der G20-Hölle in Hamburg**  
14.7.2017 - Interview mit Steffen Krug
  - **Umverteilung zerstört langfristig den Baum, von dessen Früchten sie lebt**  
17.7.2017 – von Rolf W. Puster
-

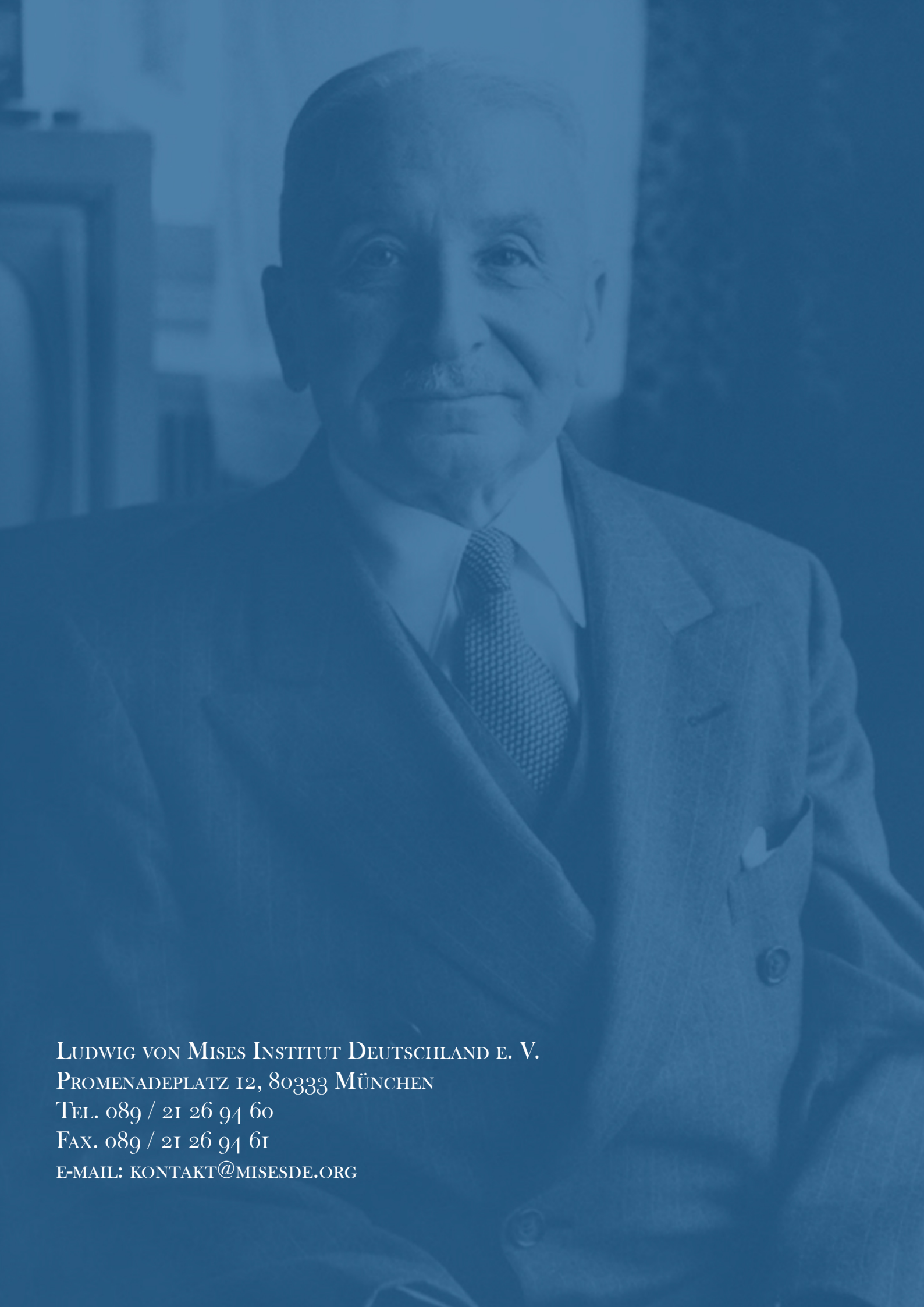
- **MISES SPOT ON: „Die Funktion des Geldes“**  
19.7.2017 – von LUDWIG VON MISES  
INSTITUT DEUTSCHLAND
  - **Vom Elend politischer Anmaßung**  
21.7.2017 – von Andreas Tögel
  - **MISES SPOT ON: „Die Geldarten“**  
26.7.2017 – von Thorsten Polleit
  - **„Die Probleme Brasiliens sind lösbar“**  
28.7.2017 – Interview mit Antony P. Mueller
  - **US-Sanktionen gegen Russland – ein Schlag gegen die Freiheit**  
31.7.2017 – von Jeffrey Tucker
  - **MISES SPOT ON: „Wie viel Geld braucht eine Volkswirtschaft?“**  
2.8.2017 – von Thorsten Polleit
  - **Für ein Europa der vielen kleinen Staaten**  
4.8.2017 – von Frédéric Jollien und Bill Wirtz
  - **Wer soll die Ausbildung unserer Kinder bestimmen – Eltern oder Staat?**  
7.8.2017 – von Murray N. Rothbard
  - **MISES SPOT ON: „Der Cantillon-Effekt“**  
9.8.2017 – von Thorsten Polleit
  - **Inflation ist kein Naturereignis**  
11.8.2017 – von Andreas Tögel
  - **Die EU hält arme Länder arm**  
14.8.2017 – von Joseph Hackett
  - **Carl Mengers bahnbrechende Beiträge zur Wirtschaftswissenschaft**  
16.8.2017 – Interview mit Andreas Marquart
  - **Kommt ein Bargeldverbot für Richter und kommunale Mandatsträger?**  
18.8.2017 – von Stephan Ring
  - **Über die Logik des Handelns**  
21.8.2017 – von Thorsten Polleit
  - **„Nichts wäre leichter, als Europa in kleine Regionen zu unterteilen“**  
23.8.2017 – von Leopold Kohr
  - **Aufgepasst: Der Wohlfahrtsstaat kollabiert**  
25.8.2017 – von Jeffrey Tucker
  - **Verleumdungen und Ehrabschneidungen in einer Privatrechtsordnung**  
28.8.2017 – von Michael Ladwig
-

- **Alle gewinnen, wenn die Schweiz die Schweiz bleibt**  
30.8.2017 – von Gerhard Schwarz
  - **Carl Menger – Revolutionär der Volkswirtschaftslehre**  
1.9.2017 – von Marvin Müller
  - **Mario Draghis „verhängnisvolle Anmaßung“**  
4.9.2017 – von Thorsten Polleit
  - **Was Zentralbanken machen, ist sozial ungerecht**  
6.9.2017 – von Louis Rouanet
  - **Das Kurzfristdenken der Hauptstrom-Ökonomen**  
8.9.2017 – von Karl-Friedrich Israel
  - **Das bedingungslose Grundeinkommen ist unsozial**  
11.9.2017 – von Andreas Tiedtke
  - **Kryptowährungen: Die Zentralbanker scheinen allmählich nervös zu werden**  
13.9.2017 – Interview mit Aaron Koenig
  - **Finger weg vom Mietpreis**  
15.9.2017 – von Andreas Tögel
  - **Die EU will Großbritannien bestrafen**  
18.9.2017 – von Bill Wirtz
  - **„Indem alle Nationen sich dem Sozialismus nähern, schwindet die Freiheit der Autoren Schritt um Schritt“**  
20.9.2017 – von Ludwig von Mises
  - **Lasst die Katalanen frei abstimmen!**  
22.9.2017 – von Jeff Deist
  - **Wohlstand und Armut in der Welt**  
25.9.2017 – von Jörg Guido Hülsmann
  - **Hoppes Radikalkur**  
27.9.2017 – von Andreas Tögel
  - **Human Action: Ein kompromissloses Plädoyer für den Kapitalismus**  
29.9.2017 – von Henry Hazlitt
  - **Wer Zentralisierung sät, wird Abspaltung ernten**  
2.10.2017 – von Andreas Marquart
  - **Die Unwissenheit der Intellektuellen in Wirtschaftsfragen**  
4.10.2017 – von Friedrich A. von Hayek
  - **Über die Kosten der Fiatgeldproduktion**  
6.10.2017 – von Karl-Friedrich Israel
-

- **Frieden**  
9.10.2017 – von Ludwig von Mises
  - **Bitcoin, Blockchains und ökonomische Theorie: Ein Interview mit Konrad S. Graf**  
11.10.2017 – interview mit Konrad S. Graf
  - **Ludwig von Mises Konferenz geht live**  
13.10.2017 – von Stephan Ring
  - **Wie Ludwig von Mises über das Weltbürgertum denkt**  
16.10.2017 – von David Gordon
  - **Freihandel macht die Menschen freundlicher**  
18.10.2017 – von Matt Ridley
  - **Autonomie-Referenden in Venetien und der Lombardei: nur eine Volksbefragung?**  
20.10.2017 – von Marco Gallina
  - **Chance für einen Neubeginn in Österreich**  
23.10.2017 – von Andreas Tögel
  - **Warum Staaten immer größer werden – Teil 1**  
25.10.2017 - von Jörg Guido Hülsmann
  - **Wie der Sozialismus Venezuela zerstörte**  
27.10.2017 – von Rafael Acevedo und Luis B. Cirocco
  - **Die Zukunft gehört politikfreien Gemeinwesen und Kleinstaaten**  
30.10.2017 – von Andreas Tiedtke
  - **Warum Staaten immer größer werden – Teil 2**  
1.11.2017 - von Jörg Guido Hülsmann
  - **Wirtschaftliche Freiheit – der Weg aus der Armut**  
3.11.2017 – von Chelsea Follett
  - **Der furchtbare Blutzoll der Russischen Revolution**  
6.11.2017 – von Yuri N. Maltsev
  - **Warum Staaten immer größer werden – Teil 3**  
8.11.2017 – von Jörg Guido Hülsmann
  - **Großer Staat entsteht, großer Staat vergeht**  
10.11.2017 – von Thorsten Polleit
  - **S.D. Fürst Hans-Adam II. von und zu Liechtenstein: „Der Staat im dritten Jahrtausend“**  
13.11.2017 – von LUDWIG VON MISES INSTITUT DEUTSCHLAND
  - **Kapitalismus macht das Leben lebenswerter**  
15.11.2017 – von Ludwig von Mises
-



- **Schwarzmärkte retten Leben**  
17.11.2017 – von Richard Mason
  - **Professor David Dürr: „Die viel zu große Schweiz – und was dagegen zu tun wäre“**  
20.11.2017 – von Prof. Dr. David Dürr
  - **Der Nachweis eines menschengemachten Klimawandels ist nicht erbracht. Eine erkenntnistheoretische Kritik**  
22.11.2017 – von Andreas Tiedtke
  - **Der maßlose Staat**  
24.11.2017 – von Andreas Tögel
  - **Der Nachweis eines menschengemachten Klimawandels ist nicht erbracht. Eine erkenntnistheoretische Kritik**  
22.11.2017 – von Andreas Tiedtke
  - **Der maßlose Staat**  
24.11.2017 – von Andreas Tögel
  - **Andreas Marquart: „Small is beautiful – und friedlicher“**  
27.11.2017 – von Andreas Marquart
  - **Osteuropas Sozialismus-Albtraum**  
29.11.2017 – von James Bovard
  - **Was ist optimale Geldpolitik?**  
1.12.2017 – von Karl-Friedrich Israel
  - **Dr. Titus Gebel: „Freie Privatstädte – die Zukunft gehört politikfreien Gemeinwesen“**  
4.12.2017 – von Dr. Titus Gebel
  - **Mises Seminar 2018: Die Österreichische Schule der Nationalökonomie – von der Theorie in die Praxis**  
6.12.2017 – von LUDWIG VON MISES INSTITUT
  - **Die Theorie der Freiheit – für Kinder und Jugendliche einfach erklärt**  
8.12.2017 – von Enno Samp
  - **Professor Dr. Thorsten Polleit: „Großer Staat entsteht – großer Staat vergeht“**  
11.12.2017 – von LUDWIG VON MISES INSTITUT
  - **„Unbescholtenen Bürgern darf man das Recht auf Waffenbesitz nicht verweigern“**  
13.12.2017 – Interview mit Andreas Tögel
  - **In Hongkong gibt es keine Armut**  
15.12.2017 – von Tim Worstall
  - **Für eine umsichtige Liberalisierung des Waffenrechtes**  
18.12.2017 - Gespräch mit Dagmar Metzger
-



LUDWIG VON MISES INSTITUT DEUTSCHLAND E. V.

PROMENADEPLATZ 12, 80333 MÜNCHEN

TEL. 089 / 21 26 94 60

FAX. 089 / 21 26 94 61

E-MAIL: [KONTAKT@MISESDE.ORG](mailto:KONTAKT@MISESDE.ORG)